



# Netzsicherheit für die Demokratie

Das E-Voting birgt grösste Unsicherheiten und Gefahren. Denn die Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.

Von Franz Grüter

Zu Recht wird heute beim Bund im Bereich Cyber-Sicherheit investiert. Die Themen Cyber-Kriegsführung und Cyber-Kriminalität sind endlich in der Politik und in der Verwaltung angekommen. Parallel dazu wachsen in der Privatwirtschaft, insbesondere auch bei unseren KMU, die Sensibilität und das Risikobewusstsein für den digitalen Raum. Datensicherheit und Datenschutz werden in der Öffentlichkeit zunehmend wichtig. Dabei waren die vermeintlichen Manipulationen bei den US-Wahlen, die Diskussion um Cambridge Analytica und die grossflächigen psychologischen Auswertungen von Facebook-Daten sicher ein Augenöffner.

Gleichzeitig muss uns aber bewusst sein, dass alle grossen Staaten der Welt ihre Spionage- und Manipulationskompetenzen im Cyber-Raum massiv ausbauen. Die Rede ist von regelrechten Cyber-Armeen. Hacker von Geheimdiensten, organisierten Netzwerken oder auch Einzelpersonen sind heute in der Lage, weltweit und jederzeit zuzuschlagen. Denn Cyber-Angriffe sind günstig, einfach und kaum nachverfolgbar. Dies hat beispielsweise auch der Hacker-Angriff auf die Ruag gezeigt. Dieser Angriff blieb lange unbemerkt. Ebenso konnte die Bundesanwaltschaft, die geballte Stärke der Schweizer Justiz, trotz zweieinhalbjähriger intensivster Ermittlungen keine Täterschaft ausmachen und musste das Strafverfahren einstellen.

## Gefahren einer Manipulation

Was hat das mit unserer Demokratie zu tun? Es ist schizophren, dass dieselben Akteure, die in Verwaltung und Politik die Cyber-Sicherheit ausbauen, nun mit dem E-Voting unsere Demokratie diesen unverantwortbaren Risiken und Unsicherheiten im digitalen Raum aussetzen wollen. Ohne ausreichenden Schutz sollen unsere demokratischen Instrumente den Bedrohungen und dem kriminellen Potenzial der Cyber-Sphäre ausgeliefert werden. Die Vorstellung, dass ein Angriff auf ein E-Voting-System von Behörden und Betreibern lange Zeit gar nicht erst bemerkt wird und später nichts zur Täterschaft oder zu den Motiven der Manipulation herausgefunden werden kann, ist bedenklich.

Rechtssicherheit und Stabilität sind wichtig für Demokratie und Rechtsstaat. Aber genau

diese Sicherheit wird mit E-Voting in Frage gestellt. Noch wichtiger ist aber das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Prozesse. Die Überzeugung, dass Abstimmungen und Wahlen ohne Manipulationen ablaufen, ist eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren unserer Demokratie, insbesondere für unterliegende Minderheiten. Die Idee, dass die Resultate der Abstimmungen von allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern überwacht und nachgeprüft werden können, ist für das Vertrauen in die Ergebnisse absolut zentral. Mit E-Voting wird jedoch genau dieses Vertrauen unterlaufen und gefährdet, was einer Erschütterung der Grundfesten der Schweizer Demokratie gleichkäme.

Die Gefahren einer Manipulation sind im Moment für die Demokratie einfach zu gross. E-Voting bedeutet ein zentralisiertes Risiko.

Heute funktioniert unser System dezentral, und die Manipulationsmöglichkeiten werden dadurch eingeschränkt und minimiert. Mit den zentralen IT-Systemen verlieren wir jedoch die Kontrolle über unsere Demokratie. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese durch fremde Einflüsse gelenkt werden kann, würde maximiert.

Nebenbei haben die bisherigen Versuche im Ausland bestätigt, dass mit E-Voting weder eine Erhöhung der Stimmbeteiligung noch Kosteneinsparungen erreicht werden können. Im Ausland wurden inzwischen denn auch etliche Projekte wegen Sicherheitsbedenken eingestellt; der blinde Fortschrittsglaube hat arge Kratzer erlitten. Deshalb fordern wir nun in der Schweiz mit unserer Volksinitiative «Für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie» ein E-Voting-Moratorium. Auch die Schweizer E-Voting-Systeme weisen eklatante Mängel auf und sind hackbar. Deshalb stehen sie zu Recht von IT-Experten aus dem In- und Ausland unter Dauerkritik. Es ist höchste Zeit, hier einen Marschhalt einzulegen.

Vor zwei Jahren war ich noch fast allein und als einsamer Rufer in der Wüste mit meinem Kampf gegen E-Voting unterwegs. Damals und teilweise heute noch hat man versucht, uns in die Ecke der rückwärtsgewandten Technologie-Verhinderer zu stellen. Das billige Hauptargument für E-Voting war, es sei doch fortschrittlich und modern. Auch wurde E-Voting immer mit E-Banking verglichen, wobei es um zwei vollkommen verschiedene Problemstellungen geht.

Mit den Schlagworten «Digitalisierung» und «Cyber» wollte man E-Voting lautlos, im Wissen um die Mängel, durchboxen.

Schon bald kamen immer mehr gravierende Schwachstellen ans Tageslicht, welche die Glaubwürdigkeit dieser zentralisierten Systeme zerstörten. Und immer mehr haben sich anerkannte Experten und Praktiker aus dem



Rechtssicherheit und Stabilität.

IT-Bereich gemeldet und enorme Sicherheitslücken offengelegt – allen voran die weltweit renommierte IT-Sicherheitsforscherin Sarah Jamie Lewis. Den Anlass zur Lancierung der Volksinitiative bildete letztlich der Umstand, dass man versuchte, bis zu den nationalen Wahlen dieses Jahres in achtzehn Kantonen flächendeckend den elektronischen Abstimmungskanal einzuführen, ohne vorgängig dafür die gesetzliche Grundlage demokratisch zu schaffen.

Wir haben ein überparteiliches Komitee zusammengestellt, dem sich erfreulicherweise bisher sechs Jungparteien angeschlossen haben. Unsere Initiative möchte ein fünfjähriges Moratorium für E-Voting einführen. E-Voting muss absolut sicher und überprüfbar sein. Erst dann können wir E-Voting wieder eine Chance geben.

Franz Grüter ist IT-Unternehmer und SVP-Nationalrat. Initiative «Für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie»: <https://e-voting-moratorium.ch>